4. Februar 2012 | Katrin Lompscher

Wohnungsmarkt sozial gestalten

lfd. Nr. 18:

Wohnungsmarkt sozial gestalten - Mietentwicklung da?mpfen

Beschlussempfehlung des Ausschusses fu?r Bauen, Wohnen und Verkehr
vom 14. Dezember 2011 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 11. Januar 2012

Drucksache 17/0095

zum Antrag der Fraktion Bu?ndnis 90/ Die Gru?nen
Drucksache 17/0029

Vizepra?sident Andreas Gram:

Vielen Dank, Frau Kollegin! - Fu?r die Fraktion Die Linke hat jetzt die Kollegin Lompscher das Wort. - Bitte, Frau Kollegin!

[Benedikt Lux (GRU?NE): Nur Senator Mu?ller hat nicht zugeho?rt!]

Katrin Lompscher (LINKE):
Herr Pra?sident! Meine Damen und Herren! Herr Mu?ller kann sicherlich gleichzeitig lesen und

zuho?ren, so ist es ja bei Senatoren. Daran kann ich mich erinnern.

[Benedikt Lux (GRU?NE): Alte Solidarita?t, was?]

Liebe Kolleginnen! Wir haben dem Antrag der Gru?nen im Ausschuss zugestimmt und werden es auch heute tun, weil wir es fu?r eine der zentralen Aufgaben in der 17. Le gislaturperiode halten, gegen steigende Mieten und zunehmende Segregation in Berlin vorzugehen.

Der Antrag von Bu?ndnis 90/Die Gru?nen geht in die richtige Richtung, um aus der Opposition heraus Regierungshandeln anzuregen. Es stehen landespolitisch verschiedene Instrumente zur Verfu?gung, mit unterschiedlicher Tragweite und unterschiedlichem Effekt. Deshalb halten wir es fu?r no?tig, Priorita?ten zu setzen und den Senat damit konkret herauszufordern. Das Angebot an preiswerten Mietwohnungen in vielen Teilen Berlins ist rapide zuru?ckgegangen, zugleich steigt die Zahl der Einwohner und Haushalte. Bei der zunehmenden Konkurrenz um bezahlbare Wohnungen verlieren die sozial Benachteiligten, Geringverdienenden, Studentinnen und Studenten und Transferleistungsbeziehende. Unter anderem deshalb wollen wir den Verlust von Mietwohnungen durch

Zweckentfremdung stoppen, deshalb halten wir eine neue rechtssichere Zweckentfremdungsverbotsverordnung fu?r dringlich. Deshalb haben wir genau dazu heute einen Antrag eingebracht.

Das allgemeine Mietniveau steigt durch Neuvermietungszuschla?ge noch schneller. Die Verknappung des Wohnungsangebotes nutzen viele Vermieter fast schamlos aus. Um gegenzusteuern, muss das Land offiziell eine angespannte Wohnungsmarktlage erkla?ren. Auch dies werden wir vom Senat verlangen. Der Antrag dazu wird in die na?chste Sitzung des Abgeordnetenhauses eingebracht werden. Ein weiterer mieterho?hender Faktor ist mit zunehmender Dynamik - nach unserer Beobachtung - die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Der Senat hat seinerzeit - und zwar nur auf Druck der Linken - den Ku?ndigungsschutz in sechs Bezirken auf sieben Jahre erweitert. Immerhin. Unsere Forderung lautet jedoch: zehn Jahre in der ganzen Stadt. Das schu?tzt alle Mieterinnen und Mieter gleichermaßen, ist bundesrechtlich

zula?ssig und ku?hlt den u?berhitzten Markt ab, was wir derzeit in Berlin dringend gebrauchen ko?nnen.

[Beifall bei der LINKEN und den GRU?NEN]

Außerdem braucht Berlin, wie Hamburg, endlich eine Landesverordnung, die es den Bezirken ermo?glicht, in Milieuschutzgebieten Umwandlungen gegebenenfalls auch zu versagen. Auch das ist ein ganz konkretes Thema, u?ber das wir so schnell wir mo?glich reden mu?ssen.

Dass die sta?dtischen Wohnungsbaugesellschaften ein zentrales Steuerungsinstrument sind, ist eine altbekannte Tatsache. Sie sind im U?brigen auch ein unverzichtbarer Partner der sozialen Stadtentwicklung, und sie stellen sich dieser Verantwortung. Hier verfolgen wir mit großer Aufmerksamkeit die Anku?ndigungen des neuen Stadtentwicklungssenators. Wir werden sehr genau schauen, was diesen Anku?ndigungen an konkreten Taten folgen wird.

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften brauchen klare Vorgaben. Sie brauchen aber auch Rahmenbedingungen, unter denen die Vorgaben wirtschaftlich und sozial tragbar umzusetzen sind. Im Koalitionsvertrag steht zum Beispiel die Absicht, dass bei Neuvermietungen die Mieten sta?rker gespreizt werden sollen. Das birgt erheblichen Konfliktstoff, wenn es nicht sachgerecht und den jeweiligen Lagen angemessen konkretisiert wird.

In einem Punkt teilen wir nicht die Auffassung der Gru?nen. Sie haben formuliert, dass der Wohnraum in sta?dtischem Besitz vorwiegend fu?r Menschen mit geringem Einkommen bereitzustellen sei. Das wa?re letztlich eine Gefa?hrdung der sozialen Durchmischung in den sta?dtischen Besta?nden. Das wollen wir nicht. Die Linke will, dass die sta?dtischen Gesellschaften attraktiven und preisgu?nstigen Wohnraum fu?r breite Bevo?lkerungsschichten anbieten und dass sie neuen schaffen: durch Zuka?ufe und durch Neubau. Das hat unserer Meinung nach eine nachhaltige Wirkung insgesamt auf den Wohnungsmarkt in Berlin.

Zur notwendigen Anpassung der Kosten der Unterkunft haben wir uns heute bereits eine Redeschlacht geliefert, die die Gemeinsamkeiten auf diesem Gebiet hoffentlich nicht zersto?rt hat. Die Linke hat hierzu seit Langem eine klare Position, die sie mit dem heutigen Antrag untermauert. Dass wir das in der Opposition gemeinsam verfolgen, erho?ht den politischen Druck auf den Senat, denn hier ist dringend Handeln gefordert.

[Beifall bei der LINKEN -
Beifall von Katrin Schmidberger (GRU?NE)]

Letzter Punkt: Der Senat kann jetzt unter Beweis stellen, wie ernst er seine politischen Absichten zur Mietpreisda?mpfung meint. Die Novelle des Mietrechts wird aktuell im Bundesrat beraten. Hier kann der Senat mit Nachdruck fu?r die Initiative zur Da?mpfung von Mietsteigerungen werben, die Rot-Rot schon 2010 in den Bundesrat eingebracht hat. Hier wird sich zeigen, ob den Worten Taten folgen. - Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN]

Vizepra?sident Andreas Gram:

Vielen Dank, Frau Kollegin Lompscher!

Dateien:

Katrin_Lompscher_sozialer_Wohnungsmarkt.pdf
plen17-007-pp_14.pdf

Quelle:
http://www.linksfraktion-berlin.de/nc/parlament/plenardebatte/detail/artikel/wohnungsmarkt-sozial-gestalten/